

11. April 2024

Newsletter

Demografischer Wandel / Statistische Informationen

Ausgabe 2024-1

Inhalt dieser Ausgabe:

1. Aktualisierte Bevölkerungsprognose des Landkreises Osnabrück für seine kreisangehörigen Kommunen (Basis 31.12.2022)
2. Nettozuwanderung von 121.000 Menschen aus der Ukraine im Jahr 2023 nach Deutschland
3. Geburtenrate in Deutschland fällt auf den tiefsten Stand seit 2009
4. Anteil der an COVID-19-Verstorbenen rückläufig
5. Dritte Orte – Begegnungsräume in der altersfreundlichen Stadt
6. Alle sollen teilhaben – wie Kreise und Städte Integration neu denken können
7. Landesregierung stellt ihre Fachkräftestrategie bis 2027 vor
8. Anwerben, Qualifizieren, Halten – Handlungsspielräume lokaler Akteure für die Fachkräftesicherung in ländlichen Räumen

1. Aktualisierte Bevölkerungsprognose des Landkreises Osnabrück für seine kreisangehörigen Kommunen (Basis 31.12.2022)

Der Landkreis Osnabrück erstellt mit fachlicher externer Unterstützung jährlich eine Bevölkerungsprognose für die kreisangehörigen Kommunen. Nunmehr liegen die aktualisierten Ergebnisse der Bevölkerungsprognose auf Grundlage der Bevölkerungsbestandsdaten vom 31.12.2022 sowie der relevanten Zahlen zu Geburten, Sterbefälle sowie Zu- und Fortzügen des Jahres 2022 vor.

Grundlage für die Bevölkerungsprognose sind die entsprechenden Bevölkerungsbestands- und –bewegungsdaten aus dem Einwohnerwesen der kreisangehörigen Kommunen (Haupt- bzw. alleiniger Wohnsitz.)

Da es im Jahr 2022 eine extreme Zuwanderung (insbesondere ausgelöst durch den Ukraine-Krieg) nach Deutschland und damit letztlich auch in unsere Kommunen gegeben hat, haben wir zum Jahresende 2023 bei unseren Kommunen bzw. der ITEBO auch noch die vorläufigen Bevölkerungsbestandsdaten vom 31.12.2023 abgefragt. Die Gesamtbevölkerungszahlen vom 31.12.2023 sind dann als Richtwert für das erste Prognosejahr (2023) herangezogen worden. Vor dem Hintergrund der massiven Zuwanderung des Jahres 2022 wäre es ansonsten bereits im ersten Prognosejahr zu massiven Abweichungen zwischen den tatsächlichen Bestandszahlen und den Ergebnissen der Bevölkerungsprognose gekommen.

Bei jeder Vorausberechnung/Prognose ist jedoch zu berücksichtigen, dass diese lediglich eine Schätzung der zukünftigen Entwicklung darstellen kann, deren Aussagekraft in erheblichem Maße vom Eintreffen der zugrunde gelegten Annahmen abhängt. Die Genauigkeit der Prognoseergebnisse ist umso geringer, je weiter der Prognosezeitpunkt in der Zukunft liegt und je kleiner die Prognoseeinheit (Gemeinde) ist. Dies ist einerseits auf die hohe Unsicherheit bezüglich der Wanderungsbewegungen zurückzuführen und andererseits auch darauf, dass sich das im Vergleich deutlich konstantere Fertilitätsverhalten ebenfalls nicht beliebig in die Zukunft fortschreiben lässt, da auch der Kinderwunsch von den sozioökonomischen Rahmenbedingungen abhängig ist und sich deshalb über mehrere Dekaden erheblich verändern kann. Darüber hinaus ist auch der Einfluss des stetigen medizinischen Fortschritts und eines immer gesünderen Lebenswandels auf die Mortalität über lange Zeiträume schwierig abzuschätzen.

In Anbetracht des Ukraine-Krieges und der Unsicherheit, wann und wie er ändern könnte, sind Entwicklungen denkbar, die sich sehr gegenläufig auf die Zuwanderungszahlen auswirken könnten. Bei einem noch längeren andauernden Konflikt, bei dem sich am Ende Russland durchsetzt, wäre vermutlich wieder mit deutlich steigenden Zuwanderungszahlen aus der Ukraine zu rechnen. Sollte der Krieg dagegen schneller enden und die Ukraine sich durchsetzen, wäre dagegen vermutlich damit zu rechnen, dass ein nicht unerheblicher Teil der Ukrainer, die insbesondere in 2022 nach Deutschland geflüchtet sind, wieder in ihre Heimat zurückkehren würden. Beide Szenarien würden sich entsprechend gegenläufig auf die Zuwanderungszahlen und damit letztlich auch auf die Entwicklung der Bevölkerungszahlen und deren Strukturen in unseren Kommunen auswirken. Neben dem

Ukraine-Krieg können aber natürlich auch weitere globale Krisen oder bspw. auch Änderungen beim Zuwanderungsrecht Auswirkungen auf die Bevölkerungszahlen und deren Strukturen auch in unserer Region haben.

Alles in allem fallen die Ergebnisse der neuen Bevölkerungsprognose (Basis 31.12.2022) niedriger aus, als dies bei der bisherigen Prognose (Basis 31.12.2021) prognostiziert wurde – insbesondere bei den jüngeren Altersjahrgängen. Ursächlich hierfür ist zum einen, dass die Geburtenzahlen des Jahres 2022 bereits sehr deutlich niedriger ausgefallen sind, als in den vorherigen Jahren. Unter Berücksichtigung der bislang vorliegenden Daten für das Jahr 2023 ist zudem mit einem deutlichen Rückgang der Nettozuwanderung nach Deutschland, Niedersachsen und auch in den Landkreis Osnabrück zu rechnen und zudem von einem weiteren Rückgang der Geburtenzahlen im Jahr 2023 auszugehen. Berücksichtigt werden muss dabei allerdings, dass die Ausgangswerte der neuen Prognose (Basis 31.12.2022) durch die starke Zuwanderung im Jahr 2022 natürlich deutlich höher liegen als die Ausgangswerte der vorherigen Prognose (Basis 31.12.2021).

Die Ergebnisse der aktualisierten Bevölkerungsprognose (Basis 31.12.2022) stehen zudem auch in dem neuen Statistik-Portal des Landkreises zur Verfügung. Sie erreichen das Statistik-Portal im Intranet unter folgendem Link:

[Statistik-Portal Landkreis Osnabrück](#)

2. Nettozuwanderung von 121.000 Menschen aus der Ukraine im Jahr 2023 nach Deutschland

Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) auf Basis einer Sonderauswertung vorläufiger Ergebnisse der Wanderungsstatistik mitteilt, wurden für das Bundesgebiet im Jahr 2023 rund 277.000 Zuzüge aus der Ukraine und 156.000 Fortzüge in die Ukraine erfasst. Daraus ergibt sich eine Nettozuwanderung von 121.000 Menschen im Jahr 2022. Im Jahr 2022 lag die Nettozuwanderung noch bei 960.000 Menschen. Das Jahr 2022 war geprägt von einer enormen Fluchtbewegung aus der Ukraine nach Beginn des russischen Angriffskriegs am 24.02.2022.

Weitere Informationen unter:

[PM Destatis Nr. 065 vom 22.02.2024](#)

3. Geburtenrate in Deutschland fällt auf den tiefsten Stand seit 2009

Laut Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) ist die Geburtenrate in Deutschland im Jahr 2023 auf 1,36 Kinder je Frau zurückgegangen. Die Geburtenrate bzw. zusammengefasste Geburtenziffer ist eine hypothetische Kennziffer und gibt an, wie viele Kinder je Frau geboren würden, wenn für deren ganzes Leben die altersspezifischen Geburtenziffern des jeweils betrachteten Kalenderjahres gelten würden. Im Jahr 2022 lag die zusammengefasste Geburtenziffer in Deutschland noch bei 1,46 Kindern je Frau.

Die Geburtenrate in der Bundesrepublik pendelte nach 1975 für vier Jahrzehnte im Bereich zwischen 1,2 bis 1,4 Kindern pro Frau und gehörte lange Zeit zu den niedrigsten in Europa. Von 2015 bis 2021 lag sie dann deutlich höher mit Werten von 1,5 bis 1,6. Dieser

Anstieg wird mit familienpolitischen Reformen wie dem Elterngeld und dem Ausbau der Kindertagesbetreuung in Verbindung gebracht. Auch die gestiegene Anzahl von Frauen mit Migrationshintergrund in Deutschland spielt eine Rolle, die, sofern sie noch nicht lange in Deutschland leben, im Mittel mehr Kinder bekommen.

Die Autoren der Studie führen das Absinken der Geburtenrate auf verschiedene Ursachen zurück: Sie sehen den abrupten Einbruch im Januar 2022 zunächst als Reaktion auf die beginnende Impfkampagne gegen das Coronavirus neun Monate zuvor. Demnach könnte es sein, dass viele Frauen angesichts der damals für Schwangere nicht zugelassenen Impfstoffe den Kinderwunsch aufgeschoben haben, um sich erst impfen zu lassen. Den verstärkten Geburtenrückgang ab Herbst 2022 führen die Forscher dann auf weitere andere Krisen zurück, die sich in der Endphase der Pandemie entwickelt haben und die sich negativ auf den Kinderwunsch ausgewirkt haben könnten. „Der Krieg in der Ukraine, die gestiegene Inflation oder auch der fortschreitende Klimawandel haben die Menschen zusätzlich zur Pandemie verunsichert. In einer solchen Zeit multipler Krisen setzen viele ihren Kinderwunsch nicht um“, vermutet das BiB. Inwiefern die neuen Zahlen einen generellen Trend zu sinkenden Geburtenzahlen in Deutschland einleiten oder nur einen temporären Effekt abbilden, ist derzeit noch nicht absehbar.

Weitere Informationen unter:

[PM BiB vom 20.03.2024](#)

4. Anteil der an COVID-19-Verstorbenen rückläufig

Im Jahr 2022 sind in Deutschland 1.066.341 Menschen gestorben. Das waren 4,2 % oder 42.654 Verstorbene mehr als im Jahr 2021. Die häufigste Todesursache war wie schon in den Vorjahren eine Herz-Kreislauf-Erkrankung. Ein gutes Drittel aller Sterbefälle war hierauf zurückzuführen – gefolgt von Neubildungen (Krebs) mit 21,7 % aller Sterbefälle. Eine COVID-19-Erkrankung, die im Jahr 2021 mit 71.331 Verstorbenen (6,9 %) noch die dritthäufigste Todesursache war, wurde im Jahr 2022 bei 52.357 Verstorbenen (4,9 %) aller Sterbefälle als Grundleiden und damit als ausschlaggebende Todesursache festgestellt.

Weitere Informationen unter:

[PM Demografie Portal vom 15.11.2023](#)

5. Dritte Orte – Begegnungsräume in der altersfreundlichen Stadt

In einer Veröffentlichung des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, die in Zusammenarbeit mit der Körber-Stiftung entstanden ist, geht es um die Bedeutung und Vielfalt sogenannter „Dritter Orte“.

Soziale Beziehungen und gesellschaftliche Teilhabe sind für ein gutes Leben unabdingbar. Im Alter finden Menschen diese seltener am Arbeitsplatz oder in der Familie. Deswegen braucht es neue Orte, an denen sie mit anderen in Austausch treten und sich einbringen können.

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in Deutschland müssten Kommunen sich aktiv dafür einsetzen, solche Begegnungsräume zu schaffen und zu fördern.

Weitere Informationen unter:

[Studie Berlin-Institut: Dritte Orte](#)

6. Alle sollen teilhaben – Wie Kreise und Städte Integration neu denken können

Der demografische Wandel und seine Folgen sowie die häufig klammen Kommunalkassen beeinträchtigen schon heute den Alltag vieler Menschen: Dorfläden und Gaststätten schließen, Ärzte und Ärztinnen finden keinen Nachwuchs für ihre Praxen, vielerorts mangelt es an Fachkräften und Infrastruktur. Zuwanderung und ein konstruktiver Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt können dabei helfen, diese Herausforderungen zu bewältigen. Das erfordert ein Umdenken, denn gerade strukturschwache Regionen sind bei Zuwandernden bislang wenig beliebt. Eine neue Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung beschreibt, wie Landkreise und kreisfreie Städte Integration neu denken und mithilfe einer teilhabeorientierten Integrationspolitik die gesellschaftliche Teilhabe aller Einwohnerinnen und Einwohner – zugewanderter wie alteingesessener – verbessern können.

Weitere Informationen unter:

[Studie Berlin-Institut: Integration neu denken](#)

7. Landesregierung stellt ihre Fachkräftestrategie bis 2027 vor

Die niedersächsische Landesregierung hat im November 2023 ihre Fachkräftestrategie bis 2027 vorgestellt. Der ressort- und branchenübergreifende Handlungsplan nimmt die massiven Herausforderungen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt durch Demografischen Wandel, Digitalisierung und Dekarbonisierung in den Fokus.

Folgende Schwerpunkte werden prioritär in den Blick genommen:

- die Stärkung der beruflichen Bildung,
- der zielgerichtete Ausbau der Weiterbildung von Beschäftigten,
- eine stärkere Nutzung inländischer Potenziale (unter anderem durch eine bessere Erwerbsbeteiligung von Frauen),
- das Thema Zuwanderung sowie die Gestaltung einer Anerkennungs- und Willkommensstruktur sowie
- die Themen Arbeitsqualität, Arbeitskultur und die Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit.

Weitere Informationen unter:

[PM Demografie-Portal vom 28.11.2023](#)

8. Anwerben, Qualifizieren. Halten – Handlungsspielräume lokaler Akteure für die Fachkräftesicherung in ländlichen Räumen

Wie überall in Deutschland kann auch in ländlichen Räumen der Bedarf an Fachkräften längst nicht mehr über ansässige Personen gedeckt werden. Auch die Zuwanderung aus

dem Inland gestaltet sich schwierig. Daher rückt die Anwerbung von Arbeitskräften aus dem Ausland verstärkt in den Blick. Allerdings: Zu wenige Menschen entscheiden sich für Deutschland und noch weniger für ländliche Räume. Politisches Handeln ist also geboten.

Zwar kann Politik Migration nicht per Knopfdruck steuern, aber gerade in der Arbeitsmigration kann sie starke Impulse setzen, Migrations- und Integrationsprozesse deutlich beschleunigen und vereinfachen. Es gilt, Menschen nicht nur anzuwerben, sondern auch ihre (Weiter-)Qualifizierung zu fördern und sie langfristig zu halten. Daraus ergibt sich ein Dreiklang von Anwerben, Qualifizieren und Halten von Fachkräften aus dem Ausland, dem sich eine Kurz-Expertise der Robert-Bosch-Stiftung widmet.

Weitere Informationen unter:

[Studie Robert-Bosch-Stiftung: Anwerben, Qualifizieren, Halten](#)

Auf diese und die vorherigen Ausgaben des Newsletters „Demografischer Wandel / Statistische Informationen“ können Sie übrigens auch im Internet des Landkreises Osnabrück über folgenden Link zugreifen:

[Statistische Informationen des Landkreises Osnabrück](#)

Dort finden Sie übrigens auch das Statistik-Portal des Landkreises Osnabrück und die von uns jährliche herausgegebene Publikation „Landkreis kompakt“.

Dieser Newsletter wird Ihnen ausschließlich mit Ihrem Einverständnis zugesandt. Wenn Sie den Newsletter in Zukunft nicht mehr erhalten möchten, dann schicken Sie uns eine entsprechende Nachricht an lefken@lkos.de

Haben Sie noch Fragen zum Newsletter „Demografischer Wandel / Statistische Informationen“ oder haben Sie evt. Anregungen für künftige Ausgaben des Newsletters? Über entsprechende Hinweise und/oder Anregungen freuen wir uns sehr.

Ansprechpartner:

Landkreis Osnabrück
Referat für Kreisentwicklung
Bernward Lefken
Telefon: 0541 – 501 1722
E-Mail: lefken@lkos.de